

16.01.2005

## **Betrifft: Korrupte Volksvertretung in Deutschland**

**Hiermit fordere ich die Bundesregierung auf, durch entsprechende Gesetze für eine maximale Transparenz über Nebeneinkünfte, Nebentätigkeiten und sonstige „private„ Aktivitäten von allen gewählten Volksvertretern zu sorgen.**

**Ferner muss für Korruption ein wesentlich höheres Strafmaß gesetzlich festgeschrieben werden, was mit Entzug des Mandats und mit Gefängnis bestraft werden muss. Denn nur wenn eine abschreckende Wirkung erzielt wird, lässt sich Korruption eindämmen. Auch wer Abgeordnete besticht, muss deshalb hart bestraft werden.**

**Die Tätigkeit in sämtlichen Ausschüssen muss öffentlich sein; geheime Treffen mit Vorständen usw. müssen protokolliert und das Protokoll der Öffentlichkeit zugänglich sein. Wählerin und Wähler müssen die Möglichkeit haben, sich detailliert ein Bild über die Aktivitäten von Politikern zu machen.**

Sehr geehrter Damen und Herren,

ich muss gestehen, dass wohl kaum etwas an mehr Transparenz gegenwärtig durchgesetzt werden wird, und meine Forderung sich von daher an die falschen Leute richtet. Die nun öffentlich gewordenen Bestechung von VW, RWE und Siemens, weist schon daraufhin, dass deutsche Politik äußerst korrupt geworden ist, weshalb folglich wohl niemand dort, groß an mehr Transparenz und Öffentlichkeit interessiert sein wird.

Sicher sind einige Sachen oft trotzdem bekannt. Offensichtlich ist beispielsweise die Bestechung von Politikern durch Konzerne wie Bertelsmann bezüglich der Agenda 2010, welche sich – wie sich aus Angaben des Statistischen Bundesamtes ergibt – in einer über 10-prozentigen Steigerung von Unternehmensgewinn und Vermögen und Fall des Arbeitseinkommens darstellt. Bei Kohl kam dessen Bestechung erst nach seiner Amtszeit heraus. Wie sehr Bundeskanzler Schröder korrupt ist, wird sich vielleicht auch erst nach seiner Amtszeit detailliert nachweisen lassen. Allerdings zeigen die realen Zahlen, dass hier Bestechung vorliegen muss. Anders kann ich mir es nicht erklären, warum in Deutschland nur noch eine Politik gemacht wird, welche die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer macht (schließlich fehlt der letzten Gruppe allein schon das für Bestechung notwendige Geld).

In sofern sind die nun vermehrt auftreten Fällen öffentlich bekannt gewordner Korruption nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Und da Korruption die regierende Politik offenbar völlig durchdrungen hat, wird man wohl von dort zwar die weitere Umsetzung von Konzeptionen von Bertelsmann, Siemens usw. erwarten müssen, jedoch nichts Demokratisches, den Interessen der Reichtumsvermehrung Widersprechendes mehr.

Problematisch ist auch der staatsrechtliche Aspekt, da Korruption nicht individuelle Grundrechte verletzt und deshalb auf rechtstaatlichem Weg außerhalb des Parlaments nicht begegnet werden kann. Für die politische Gestaltung besitzt der Gesetzgeber ein großen, verfassungsrechtlich garantierten Gestaltungsspielraum. Dass dieser offensichtlich immer mehr dazu genutzt wird, Deutschland im Sinne der Profitgier einiger Wenige politisch umzugestalten, zeigt sich zwar praktisch, z.B. in der Legalisierung von Existenzerstörung durch die großen Konzerne, durch die Wiedereinführung von Zwangsarbeit zum Senken des Einkommens des arbeitenden, nicht Kapital und Vermögen besitzenden Teils in Deutschland, lässt sich durch Wahlen allerdings kaum noch unterbinden, da die Wahrheit vor dem Wählervolk sorgsam versteckt wird.

So ist z.B. kaum bekannt, dass die ganze Agenda 2010-Politik wesentlich von Bertelsmann stammt und der Staatshaushalt nur deshalb in einem beängstigen Minus steckt, weil Politiker ihren gegenwärtigen oder zukünftigen Geldgebern permanent fremdes Geld „legal“ zu schenken (vgl. Reform der Körperschaftsteuer). Auch Herr Ackermann hätte seinen Prozess nicht gewonnen, wenn die regierende Politik nicht Gesetze gemacht hätte, wodurch „Betrüger“ straffrei ausgehen.

Der einzige Vorteil der jetzt öffentlich gewordenen Korruptionsfälle besteht darin, dass nun die Ursachen für die gegenwärtige antisoziale Politik klar geworden ist. Allerdings unterstellen noch zu viel Menschen der regierenden Politik eine Moral, wo sichtbar nur nackte Geld- und Machtinteressen die Entscheidungen bestimmen. Es sind zum Teil die gleichen Konzerne, die in der Politik tätig sind, welche aus Profitinteresse auch mit dem Hitlerfaschismus ein Bündnis eingingen, was allerdings aufhorchen lassen sollte. Nicht zufällig hat die Regierung mit ihrem sog. Stiftungsgesetz die für NS-Zwangsarbeiter schuldigen Unternehmen aus ihrer Verpflichtung entlassen und sich schützend vor sie gestellt. Von den 10 Milliarden an Wiedergutmachungsgeldern für Zwangsarbeit, werden 5 Milliarden aus Steuern bezahlt und der Rest lässt sich steuerlich absetzen. *„Die Umformung der privaten Schadensersatzansprüche der Anspruchsberechtigten sei nicht in ihrem Interesse durchgeführt worden, sondern im Interesse der deutschen Wirtschaft“* (vgl. BVerfGE 1 BvR 1804/03, 29). Die Entlastung des Geldbeutels der großen, an Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligten Konzerne durch die herrschende Politik läuft also bereits wieder. Mit Hartz IV (SGB II) wird für die Armen eine „moderne“ Variante von Zwangsarbeit eingeführt. Wer nicht so spürt, wie es sich die Gewinne durch fremde Arbeit einsteckenden Vorstände vorstellen – Stichwort „Standortserpressung“ -, den zerstört „legal“ die korrupte Politik die Existenz.

Fast täglich lassen sich aus den Nachrichten neue Entlassungspläne entnehmen. Anders als bei korrupten Politikern, besteht in Deutschland allerdings kein großes Interesse an einer neuerlich massenhaften Existenzerstörung für die reichen Geldgeber der Politik. Demokratie ist allerdings aufgelöst, wenn sie käuflich geworden ist. Beängstigend ist bereits, dass Angriffskriege für die Profitinteressen bereits durch Rot-Grün wieder legalisiert wurden. Beängstigend ist die Freundschaft deutscher Politiker mit Kriegsverbrechern wie Herrn Bush. Beängstigend ist die offensichtliche Maßlosigkeit gekaufter Politiker an den staatlichen Machtpositionen, wo nach außen Moral geheuchelt wird und innen jeder Euro für die gewünschten Dienste angenommen wird.

Ob das verfassungsrechtlich garantierte Recht auf Widerstand nach Art. 20 (4) heute schon gegen eine korrupte herrschende Politik angewendet kann, ist schwer zu sagen, allerdings auch nebensächlich, angesichts der Tatsache, dass bei herrschender Korruption, Demokratie sowie so nur außerhalb dieses Herrschaftsrahmen verteidigt werden kann. Auch kann das Bundesverfassungsgericht, als dritte korrigierende und überwachende Instanz, nicht mehr erreichen, als der Rahmen des Grundgesetz diesem wichtigen Organ zugesteht. Es ist allerdings ein überfälliger Schritt in die richtige Richtung, wenn vielleicht tatsächlich noch vorhandene demokratisch orientierte Parlamentarier sich für umfangreiche Transparenz im oben erwähnten Sinne – auch gegen Widerstand in den eigenen Reihen – einsetzen würden. Es würde zumindest etwas das Bild relativieren, was man gegenwärtig zwangsläufig vom Zustand der regierenden Politik haben muss. Wir brauchen eine sozial orientierte regierende Politik und kein Parlament als verlängerten Arm der Vorstände von Konzern und Banken.

Mit freundlichen Grüßen

(Armin Kammrad)